

Erster europäischer Gesundheitspaß

BONN. Der erste europäische „Gesundheitspaß“ ist im Juni in Bonn von Ursula Schleicher, EG-Parlamentarierin und Vizepräsidentin des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz, öffentlich vorgestellt worden. Dieser Paß gibt Auskunft für wichtige Daten zum persönlichen Gesundheitszustand und soll bei Auslandsreisen mitgenommen werden, um im Notfall eine schnelle medizinische Versorgung zu ermöglichen. Ab sofort wird der EG-Gesundheitspaß unentgeltlich in Deutschland, Italien und Spanien an Interessierte über die Apotheken abgegeben. Für 1993 ist geplant, den Paß auch in weiteren europäischen Ländern anzubieten.

Der „Gesundheitspaß“ ist in sieben Sprachen geschrieben. Teil 1 des Dokuments enthält ein Foto und Angaben zur Person, die der Besitzer selber einträgt. Teil 2 ist vom Hausarzt auszufüllen und gibt Auskunft über Krankheiten, Impfungen und regelmäßig einzunehmende Medikamente. Der dritte Teil ist vorgesehen für Informationen über therapeutische Maßnahmen, falls im Ausland ein Arzt aufgesucht werden muß. WZ

Bayerischer Landesgesundheitsrat: Für Erklärungslösung

MÜNCHEN. Der Bayerische Landesgesundheitsrat ist der Überzeugung, daß bei Organtransplantationen auf eine gesetzliche Regelung, die dem Selbstbestimmungsrecht des Bürgers Vorrang einräumt, nicht verzichtet werden sollte. Das gesundheitspolitische Ziel, möglichst viele Organspender zu gewinnen, dürfe dabei jedoch nicht verfehlt werden.

Deshalb faßte der Bayerische Landesgesundheitsrat folgenden Beschluß, der beiden Anliegen gerecht werden soll: „Der Staat bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit an, ihre Willensbildung unter voller Wahrung des Datenschutzes zu dokumentieren. Die Abgabe einer solchen Erklärung in verschlossener Form sollte bei einer kommunalen Behörde ermöglicht werden (zum Beispiel bei der Erteilung des Personalausweises). Die Erklärungen, die auch jederzeit widerrufen werden können, müßten zentral gespeichert werden und dürfen nur für besonders Ermächtigte zugänglich sein. Der einzelne Bürger kann sowohl eine zustimmende wie ablehnende Willensbildung dokumentieren. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Abgabe einer Erklärung wird abgelehnt.“

Im Gegensatz zu dieser sogenannten Erklärungslösung plädiert der Rechts- und Gesundheitsausschuß des Bayerischen Senats für eine Regelung nach dem Muster der Widerspruchslösung (Deutsches Ärzteblatt 23/1992). Kli

Ärztenschwemme

LONDON. Durchschnittlich 1887 Patienten stehen jetzt auf der „Liste“ britischer Allgemeinärzte, wie aus der Antwort auf eine Anfrage im Unterhaus hervorgeht. In den sechziger Jahren lag diese Zahl etwa bei 2500; im Jahre 1978 waren es durchschnittlich 2300 Patienten. gb

Papst führt Weltkrankentag ein

VATIKANSTADT. Papst Johannes Paul II. hat einen „Weltkrankentag“ eingeführt, der künftig alljährlich am 11. Februar begangen werden soll, dem Gedenktag der Marienerscheinung in Lourdes. Sinn dieses Weltkrankentages sei es, die Gläubigen und die katholischen Institutionen an die Notwendigkeit zu erinnern, den Kranken zur Seite zu stehen. Der Papst traf diese Entscheidung auf den Tag genau elf Jahre nach dem Attentat auf ihn in Rom und am 75. Jahrestag der Mariener-

scheinung in Fatima, der er nach seiner festen Überzeugung verdankte, daß er das Attentat auf dem Petersplatz überlebte. afp

AIDS in Böhmen, Mähren und Schlesien

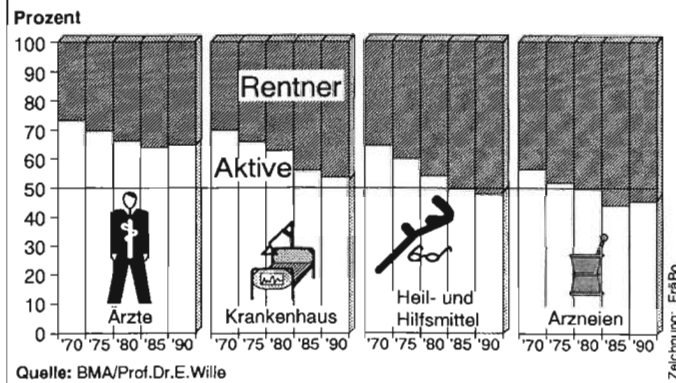
PRAG. 25 AIDS-Erkrankungen wurden nach offiziellen Angaben bis Ende März in Böhmen, Mähren und Schlesien registriert. 14 HIV-Infizierte sind bereits an der Immunschwächekrankheit gestorben. Außerdem befinden sich in der CSFR 77 Ausländer, die an AIDS erkrankt sind. Insgesamt sind in der Tschechoslowakei 99 Personen HIV-infiziert, davon 91 Männer. Nur eine Erkrankung entstand aufgrund von Drogenabhängigkeit. 28 Menschen, davon 15 Hämophile, haben sich durch Bluttransfusionen infiziert. Bei 5 HIV-Positiven ist die Infektionsursache unbekannt, alle anderen haben sich durch sexuelle Kontakte angesteckt. jd

USA: Forschung an abgetriebenen Föten soll erlaubt werden

WASHINGTON. Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat sich für ein Gesetz ausgesprochen, das wissenschaftliche Forschung an abgetriebenen Föten erlauben soll. Präsident George Bush hatte bereits im Vorfeld der Abstimmung angekündigt, er werde sein Veto einlegen. Die Abgeordneten entschieden sich mit einer klaren Mehrheit von 260 gegen 148 Stimmen für den Gesetzestext. Um allerdings ein Votum des Präsidenten zu überstimmen, müßte eine Zweidrittel-Mehrheit zustandekommen. Am 19. Mai hatte Bush angekündigt, es solle zur Erleichterung der Fötalforschung eine Gewebekbank angelegt werden, in die jedoch keine Föten aus Abtreibungen aufgenommen werden dürften. afp

Struktur der Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung

Leistungsausgaben für Allgemeinversicherte und Rentner



Seit 1970 ist eine erhebliche Verschiebung in der Ausgabenstruktur der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu beobachten: Die Leistungsausgaben für die Rentner sind überproportional gestiegen, obwohl sich deren Anteil an allen Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung von 26 auf 29 Prozent nur unwesentlich verändert hat. Besonders deutlich ist diese Entwicklung im Krankenhaus und bei den Heil- und Hilfsmitteln; dies ist unter anderem auch eine Auswirkung der gestiegenen Lebenserwartung. □